Sendschreiben an den Herrn Dr. v. Kraszewski.

Die persönliche Achtung, die wir seit einer Reihe von Jahren für Sie zu empfinden gewohnt gewesen sind, bestimmt uns, von dem öffentlich bekannt gewordenen Schreiben, durch welches Sie die von dem General von Pfuel Ihnen angetragene Präsidentschaft in der reorganisirten Provinz Posen ablehnen, Notiz zu nehmen und daran einige der uns am wichtigsten scheinenden, die allgemeine Stellung der Polen und Deutschen in diesem Lande betreffenden Erörterungen zu knüpfen.

Sie stützen Ihre Weigerung vornehmlich darauf, daß das Großherzogthum Posen einem förmlichen Bürgerkriege Preis gegeben sei. Diese Ansicht, daß hier ein Bürgerkrieg herrsche, ist auch sonst schon ausgesprochen worden, aber wir können sie nicht gelten lassen, wenn zu einem Bürgerkriege, wie sich von selbst versteht, eine Gegenseitigkeit gehört.

Es ist wahr: die polnischen und deutschen Bewohner der Provinz stehen einander feindselig gegenüber; aber die Deutschen sind von den Polen angegriffen, geplündert und getödtet worden, nicht umgekehrt.

Es ist wahr: die Deutschen haben sich zum großen Theil, da wo sie die Mehrzahl bilden, bewaffnet; aber nur durch die Noth gezwungen, nur zum Schutz des Eigenthums und des Lebens; da wo Deutsche unter den Polen wohnen, haben sie sich ruhig der Gefahr Preis geben müssen, welche ihnen von Tausenden Bewaffneter bereitet worden ist.

Sie konnten nicht hindern, daß ihnen Pferde, Ochsen, Getreide und Geld gestohlen wurden; ja sie mußten wohl selbst, wenn sie nicht gemißhandelt werden wollten, die Haufen der Insurgenten vermehren helfen.

Es ist wahr: auch von Deutschen ist hie und da gewaltsam gegen die Polen verfahren worden; aber erst nachdem sie durch völlige Störung der Ruhe, durch Entdeckung von Verräthereien und verborgenen Waffen auf's Äußerste gereizt worden waren.

Wie lange hat es aber gedauert, wie viel unselige Mühe haben Ihre Landsleute aufgeboten, ehe der ruhige Deutsche in dem Grade aufgerüttelt worden ist, daß er nun auch seinerseits schwer zu dem ursprünglichen und gewohnten Pulsschlage wieder zurückkehren kann!

Dennoch haben theils die besonnenen Mitbürger, theils die Obrigkeiten den Ausbruch des deutschen Zorns zu hindern vermocht, und namentlich gefangene Aufrührer oft mit persönlicher Gefahr vor Mißhandlungen geschützt. Das Alles ist Ihnen bekannt. Sie wissen recht wohl, daß nur organisirte Heeresabtheilungen gegen die bewaffneten Haufen der Polen gesendet worden sind. Sie werden auch mit uns einig sein, daß nur dann ein Bürgerkrieg stattfindet, wenn mit Verachtung der gesetzlichen Obrigkeit die Partheien der Bürger sich förmlich gegen einander rüsten und untereinander bekämpfen. Hier hat nur eine Parthei die Landesregierung verhöhnt. Gewiß erinnern Sie sich, daß vor einem Jahre in den Schweizerwirren das Wort „Bürgerkrieg" von der Majorität mit Entschiedenheit abgewiesen wurde, weil in Folge gesetzlicher Beschlüsse einer gesetzlichen Majorität ein Executionsverfahren mit bewaffneter Hand vollzogen wurde.

Wenn aber der Name Bürgerkrieg dort nicht einmal Platz greifen durfte, wo gar kein stehendes, von den Bürgern abgesondertes Heer die Macht des Staates repräsentirt, sondern wo die Majorität aus sich selbst unmittelbar die waffenfähigen Männer als Executoren ihres rechtmäßigen Willens gegen einen unrechtmäßigen Sonderbund aussendete — so darf noch viel weniger bei uns von einem Bürgerkriege die Rede sein.

Gott sei Dank, so weit haben wir es nicht kommen lassen. Es wäre auch sehr schlimm geworden, da der Deutsche, wenn er die Scheide einmal weggeworfen, nicht so leicht wieder das Schwert aus der Hand legt.

An Ihren Landsleuten hat es wahrhaftig nicht gelegen, daß es nicht zum Ärgsten gediehen ist. Es hat indeß auch unter uns, auch hier in Bromberg ungestüme Gemüther gegeben, welche zum Bürgerkriege drängten und ein Freischaarenwesen errichten wollten; aber die Ruhigen haben der Kampfbegier Einhalt gethan, und den Arm der Ungestümen gehemmt.

Wir mußten uns ja um so mehr passiv verhalten, da wir eben als die loyalen Staatsbürger die gesetzliche, executive Macht der Staatsregierung auch als von uns selbst bevollmächtigt und für uns einschreitend ansehen durften.

Wir haben also keinen Bürgerkrieg gehabt, sondern einen Aufruhr von ungehorsamen und undankbaren Unterthanen, welchen es mehr Reiz gewährte, ein Geschenk mit Gewalt zu erzwingen, als von der Großmuth der Regierung und dem Wohlwollen ihrer Mitbürger zu empfangen; einen Aufruhr der scheußlichsten Art, mit welchem die Polen vor ganz Europa als Belastungszeugen in ihrer eigenen Sache aufgetreten sind.

Wir haben bis jetzt keinen Bürgerkrieg gehabt, aber wenn wir ihn gehabt hätten, so könnte doch die Schuld desselben lediglich den Polen zugeschrieben werden. Es bedarf keiner Wiederholung aller der Dinge, die so oft schon in öffentlichen Blättern vorgetragen sind. Mögen auch die Polen die von uns bekannt gemachten Thatsachen für unwahr erklären und mit eigenthümlicher Gewandtheit den Pfeil auf uns zurückkehren lassen; mögen selbst unsere Mitbrüder in Deutschland uns vielfach der Übertreibung anklagen: — genug, die Wahrheit wird sich durch alle Verhüllungen und Verdrehungen ganz gewiß hindurcharbeiten und das steht schon jetzt unstreitig fest, daß die Sensen mit den süßen Manifesten der National-Comités, die von nichts als Verbrüderung wiederhallten, zugleich geschmiedet sind und daß vom 22. März an, den Deutschen fortwährend Gewalt angethan worden ist.

Sie, Herr von Kraszewski, tragen kein Bedenken, noch jetzt zu wiederholen, daß nach Ihrer innigsten Überzeugung die Zurückziehung des Militairs aus dem Großherzogthum zur Beruhigung der Provinz die einzig zweckmäßige Maßregel gewesen wäre. Sie selbst haben sich unter dieser Bedingung für die Ruhe der Provinz verbürgen wollen. Wahrlich ein großes Gelübde! Wer konnte es annehmen? Wir haben ja genugsam erfahren, was von solchen Bürgschaften zu halten sei.

Ob es Unredlichkeit oder Ohnmacht war, als die Thaten der Sensenmänner mit den Reden der Comités so früh auseinandergingen, das ist noch unerwiesen; nothwendig aber mußte das Vertrauen zu jedweder Bürgschaft verloren gehen, und nichts war natürlicher, als der Argwohn, daß man uns habe mit Worten in Sicherheit lullen wollen, um uns mit Waffen dann desto leichter zu unterwerfen. — Als der Rumor in der Provinz begann, da war ja auch wenig Militair in derselben vorhanden und eben deshalb konnten die Polen so schnell eine Waffenmacht organisiren, welche angeblich zwar gegen die Russen bestimmt war, aber ganz offenbar zu unserer Knechtung dienen sollte, die denn auch sehr schnell erfolgt wäre, wenn nicht nach und nach militairische Kräfte uns Schutz gewährt hätten. Und diese hätten uns sollen verweigert werden, während Ihnen täglich Schaaren Bewaffneter aus Frankreich, Belgien und dem russischen Polen zuströmten? Daß Sie mit anderen Bessergesinnten unter Ihren Landsleuten die Greuel nicht gewollt haben, welche von dem rohen Haufen verübt worden sind, glauben wir gern; aber daß Sie dieselben nicht haben hindern können, beweist eben die Unzulänglichkeit jeder Bürgschaft.

Wäre nun gar, nachdem alle Leidenschaften bereits sich emporgesträubt hatten, nachdem alle Bande zerrissen waren, das Militair aus der Provinz zurückgezogen worden, so

würden entweder alle Deutschen mit Sack und Pack dasselbe haben begleiten müssen, wodurch sich freilich der Wille Ihrer Landsleute am vollkommensten erfüllt hätte, oder — sie hätten selbst ihr Gut, ihr Leben, ihre Ehre vertheidigen müssen, was leicht mit der Ausrottung einer der beiden Nationalitäten hätte endigen können.

Darum also ist es gut, daß der General v. Pfuel Ihren Vorschlägen kein Gehör gegeben hat.

Alles Blut aber, welches inzwischen vergossen worden ist, komme über die Führer der polnischen Sache!

Welche Schuld den unbegreiflichen Anwalt derselben, Herrn v. Willisen, trifft, vermögen wir nicht zu entscheiden; hätte aber die allgemeine Meinung der Deutschen in dieser Provinz Recht, so müßten wir von ihm, wie Joseph von seinen Brüdern sagen: „er gedachte es böse mit uns zu machen; aber Gott gedachte es gut mit uns zu machen.“ Vielleicht ist gerade sein Verfahren nöthig gewesen, um die Sache zum Austrage zu bringen; vielleicht wird nun, was die Vorsehung über die Polen beschlossen hat, desto schneller zum Vorschein kommen.

Wie aber auch die durch den Ungestüm Ihrer Landsleute so überaus verwickelte Lage der Dinge sich gestalten möge: Preußen hat den Polen gegenüber das Aeußerste gethan, was in dem Gebiet der Politik unter solchen Umständen geschehen konnte. Die preußische Staats-Regierung hat, fortgerissen durch die Sentimentalität der Hauptstadt, überrumpelt von dem Gefühl eigner Großmuth auf einen durch anerkannte Verträge mit großen Opfern erworbenen, zur Abrundung der Grenzen also zur Sicherheit des ganzen Reiches immer für unentbehrlich geltenden Theil desselben freiwillig Verzicht geleistet. Unerhört! Noch immer besitzt Frankreich ohne Scrupel Korsika, des Elsasses zu geschweigen; England denkt noch immer nicht daran, Irland zu emancipiren, abgesehen von seinem Besitze Maltas und Joniens. Preußen aber giebt einen Theil des Großherzogthums Posen her, um ein polnisches Staatswesen zu stiften und so eine theilweise Wiederherstellung Polens zu bewirken.

Sie, Herr von Kraszewski, nennen dies eine neue Theilung Polens. Mit welchem Rechte? Von einer neuen, wer weiß wie vielten Theilung Polens kann ja schon deshalb nicht die Rede sein, weil hier kein Polen als Ganzes vorhanden ist. Wäre die Bezeichnung richtig, so müßte man bei jeder Veränderung der Grenzen eines Landes sagen können, es sei getheilt worden. Alle solche Zurückbeziehungen auf ein Ehemals können doch nicht ins Unendliche fortgesetzt werden, zumal der Erde an sich keine Nationalität aufgeprägt ist.

Diejenige Theilung Polens, an welche Sie mit Unwillen zurückzudenken berechtigt sind, ist, was Preußen anbelangt, durch den Tilsiter Frieden längst verwischt und gesühnt. Das jetzige Großherzogthum Posen, wenn wir es anders noch ein jetziges nennen dürfen, gehört Preußen durch einen von allen stimmberechtigten Nationen Europas geschlossenen Vertrag.

Dies ist also ein sanctionirter Besitz; Sie erklären es jedoch für einen Raub, wenn sie von einer neuen Theilung Polens sprechen.

Oder gebrauchen Sie vielleicht diesen Ausdruck deshalb, weil nicht das ganze Großherzogthum Posen der Reorganisation unterworfen worden ist?

Das war ja nicht möglich. Denn in diesem Posen wohnen Deutsche und Polen mit gleichen juridischen und politischen Rechten.

Die polnischen Bewohner seufzen, weil ihnen das ideelle Gut der nationalen Freiheit und Selbstständigkeit fehlt. In einer Aufwallung des Gefühls, die sonst der Politik fremd ist, kündigt die preußische Staatsregierung den Polen Freiheit an. Konnte sie aber der einen Nationalität sich gütig erweisen auf Kosten der andern?

Es gab, wie es schien, einen Ausweg. Grund und Boden wurde getheilt, damit in dem einen Antheile die polnische Nationalität den ersten Rang, die deutsche den zweiten einnähme, in dem andern Antheile umgekehrt. In jedem Antheile sollte eine Nationalität sich frei entwickeln, die andere in den Hintergrund treten. In dem einen Antheile sollten alle Elemente des polnischen Wesens ihr Depot finden, in dem anderen Theile sollte kein Hinderniß gegen eine völlige Verschmelzung mit Deutschland obwalten.

Man könnte vielleicht mit einigem Recht sagen, daß mit dieser Maßregel ein juste milieu zwischen der beabsichtigten Güte gegen die eine und der schuldigen Gerechtigkeit gegen die andere Seite gefunden wäre.

Aber bei einer solchen Ausgleichung mußte natürlich in jedem Territorio ein Theil der Bevölkerung sich als Ranzion oder Geißel opfern. Darum wollen beide Theile von dieser Billigkeit nichts wissen. Der eine Theil will nichts verlieren, der andere alles gewinnen.

Allerdings ist es eine harte Aufgabe für unsere deutschen Brüder, die unter den Polen wohnen sollen, den nationalen Gütern eben jetzt zu entsagen, wo sie am hellsten in ihre Augen leuchten.

Sie, Herr v. Kraszewski und alle jetzt lebenden Polen sind nicht auf diese Weise Opfer einer politischen Operation; Sie sind mit Ausnahme weniger Greise in keinem anderen Sinne Eingeborene dieses Landes, als die meisten Deutschen, welche hier wohnen. Sie sind nicht mit höheren politischen Rechten begabt, als diejenigen, welche Ihrer Emancipation zu Gefallen nun ihre Rechte aufgeben sollen.

Ziehen Sie aber aus diesen Worten nicht den Schluß, daß es uns gänzlich an Mitgefühl für die eigenthümliche Lage Ihrer Nation fehle; wir erkennen vielmehr als vollkommen natürlich an, daß bei der gegenwärtigen großen Bewegung der Völker in den polnischen Herzen ein mächtiges Heimweh erwacht und daß gerade jetzt in ihnen die Sehnsucht nach volksthümlicher Gestaltung ihres Lebens aufgeregt wird. Aber es kommt ja in der großen wie in der kleinen Welt nicht darauf an, was wir wünschen, sondern was uns gewährt werden kann.

Hier nun wurden von dem einen Theile Ansprüche geltend gemacht, deren Erfüllung nur möglich war, so fern der andere Theil seine Rechte freiwillig zum Opfer brachte. Als die Polen solche Ansprüche erhoben, vergaßen sie, daß sie dreißig Jahre geflissentlich versäumt hatten, die Bruderliebe derer zu gewinnen, von denen sie jetzt Entsagung erwarteten.

Am wenigsten aber hätten Sie vergessen sollen, daß die Zeiten der Conföderationen vorüber sind, und daß man nicht mit den Waffen in der Hand petitioniren darf.

Die großen Rathsversammlungen in Berlin und in Frankfurt haben sich zur Erledigung wichtiger Aufgaben niedergelassen.

Wohlan! auch diese schwierige Frage wollen wir denselben zur Schlichtung vertrauungsvoll anheimstellen.

Wie gut wäre es für uns alle gewesen, wenn Ihre Landsleute diese Entscheidung in ruhiger, würdiger Haltung abgewartet hätten!

Bromberg, den 28. Mai 1848.

Der Central-Bürgerausschuß für den Netzdistrikt zur Wahrung der preußischen Interessen im Großherzogthum Posen.

Druck der Gruenauer'schen Buchdruckerei.